

INGO LOOSE

DIE BEDEUTUNG DER GHETTOARBEIT FÜR DIE NATIONALSOZIALISTISCHE KRIEGSWIRTSCHAFT

Einleitung, Fragestellung und Forschungsstand

Am 11. Juni 1943 notierte der Ingenieur Jakub Poznański in sein Tagebuch, das er seit Herbst 1941 führte:

„Ich bin überzeugt, dass nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Medizin in Zukunft in starkem Maße aus den Ghettoerfahrungen wird lernen können. Das Ghetto ist in jeder Hinsicht ein gutes Versuchsfeld für viele Wissenschaftsparten, und die zukünftige Welt wird sich vor den Opfern verneigen, die das jüdische Volk in diesem Krieg hier im Ghetto bringt.“

Für Poznański stand fest, dass „das Ghetto zukünftigen Ökonomen als Modell für einen Staat mit Staatskapitalismus dienen“ werde.¹

In Bezug auf die Medizin hat Poznański, der nach dem Ersten Weltkrieg Ingenieurwissenschaften in Berlin studiert hatte, in gewisser Hinsicht Recht behalten;² dass jedoch Ökonomen und Wirtschaftshistoriker ihr Augenmerk nach 1945 auf die Ghettos und ihre ökonomische Dimension gerichtet hätten, wird man schwerlich behaupten können.³ Jeder, der sich in den letzten Jahren ein wenig näher mit den bundesdeutschen Ghattorenten-Verfahren befasst hat, kann ermeszen, welche Folgen es hatte, dass dies nicht sofort nach Kriegsende geschah; zumal auch für die historische Zunft

¹ JAKUB POZNAŃSKI, Tagebuch aus dem Ghetto Litzmannstadt. Aus dem Polnischen übersetzt und hg. v. INGO LOOSE, Berlin 2011, S. 111, 63 (Einträge vom 11.6. und 17.1.1943).

² Vgl. LEONARD TUSHNET, *The Uses of Adversity*, New York 1966.

³ Ghattorenten. Entschädigungspolitik, Rechtsprechung und historische Forschung, hg. v. JÜRGEN ZARUSKY, München 2010; STEPHAN LEHNSTAEDT, *Geschichte und Gesetzesauslegung. Zu Kontinuität und Wandel des bundesdeutschen Wiedergutmachungsdiskurses am Beispiel der Ghattorenten*, Osnabrück 2011; KRISTIN PLATT, *Bezweifelte Erinnerung, verweigerte Glaubhaftigkeit. Überlebende des Holocaust in den Ghattorenten-Verfahren*, München 2012.

gilt, dass wirtschaftliche Fragestellungen in Bezug auf die nationalsozialistischen Ghettos sie nach 2002 unerwartet eingeholt haben.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, was man über Arbeit im Ghetto und insbesondere über ihren Beitrag zur Wirtschaft des Nationalsozialismus überhaupt verlässlich aussagen kann – und was nicht.⁴ Stellten die Ghettos, ihr Arbeitseinsatz und ihre Warenproduktion sowie die Eigentumsaspekte in der Gesamtwirtschaft des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkriegs einen messbaren oder gar nennenswerten Faktor dar? Waren die Ghettos trotz ihrer regionalen, d. h. dezentralen Entstehungsgeschichte Gegenstand einer zentralen Wirtschaftsplanung bzw. -lenkung? Und hatte schließlich die Zwangsarbeit der Juden in den Ghettos einen bremsenden, beschleunigenden oder sonstigen Einfluss auf den Massenmord an den Ghettabewohnern, mithin auf den Verlauf des Holocaust?

Der Forschungsstand zu sehr vielen Ghettos ist trotz zahlreicher in den letzten Jahren unternommener Studien nach wie vor unzureichend, oft sind auch die Recherchen erschwert und zum Teil sogar völlig unmöglich infolge einer lückenhaften Überlieferung von Unterlagen. Aus etlichen der rund 1.150 Ghettos gibt es weder bekannte noch dokumentierte Überlebende (wie beispielsweise im Fall des Ghettos Vitebsk), ja nicht einmal die Dauer des Bestehens dieser Ghettos ist wegen divergierender Kriterien über ihre Einrichtung und Abschließung exakt zu bestimmen. Der Befund erheblicher Wissenslücken – anders formuliert: beträchtlicher Forschungsdesiderate – trifft ebenfalls sowohl für die Ausraubung als auch für die Zwangsarbeit der Juden in den deutsch besetzten bzw. dominierten Territorien, insbesondere in Osteuropa, zu.⁵

⁴ Vgl. allgemein zum Arbeitseinsatz HERMANN KAIENBURG, *Die Wirtschaft der SS*, Berlin 2003; WALTER NAASNER, *Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition / Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Boppard am Rhein 1994; DERS., *SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. „Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen“ und weitere Dokumente*, Düsseldorf 1998; JAN ERIK SCHULTE, *Zwangsarbeit und Vernichtung. Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933–1945*, Paderborn 2001; THOMAS IRMER, *Zwangsarbeit für die deutsche Elektroindustrie im besetzten Polen*, in: *Rüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im „Dritten Reich“*, hg. v. ANDREAS HEUSLER u. a., München 2010, S. 87–105.

⁵ Arbeitskräfte als Kriegsbeute. Der Fall Ost- und Südosteuropa 1939–1945, hg. v. KARSTEN LINNE / FLORIAN DIERL, Berlin 2011, darin bes. die Beiträge von RYSZARD KACZMAREK (Oberschlesien), KARSTEN LINNE (Reichsgau Wartheland), ROBERT SEIDEL (Distrikt Radom) und MARIO WENZEL (Distrikt Krakau); STEPHAN LEHNSTAEDT, *Jewish Labor in the Smaller Ghettos in the Warthegau Region*, in: *YVS 38-2* (2010), S. 47–84; DIETER POHL, *Ghettos im Holocaust. Zum Stand der historischen Forschung*, in: *Ghettoren-*

Das Interesse der (Wirtschafts-)Geschichtsforschung an der Eigentumsthematik war über Jahrzehnte eher marginal, weil die Behandlung von Eigentum angesichts der späteren Ermordung der jüdischen Besitzer in der Regel zweitrangig erschien, und auch weil das Gros der Überlebensberichte sich aus demselben Grund nur wenig mit der raschen Verelendung zu Beginn der NS-Besatzung in Polen befasst – und noch seltener mit organisatorischen Aspekten der Zwangsarbeit in den Ghettos. Was – wenn überhaupt – nur für sehr wenige größere Ghettos wie Warschau oder Litzmannstadt vorliegt, ist eine Materialüberlieferung, die es in Ansätzen erlaubt, die Mikroebene eines Ghettos mit einer makroökonomischen Perspektive zu verbinden, das heißt also danach zu fragen, welche Bedeutung Arbeit neben der Erhaltung eines Subsistenzniveaus der Ghettobewohner für die von den Nationalsozialisten geschaffenen Rahmenbedingungen besaß – sei es für die jeweilige Stadt, sei es für die Ebene der Reichsgaue oder des Generalgouvernements, sei es für die Planung im Reichswirtschaftsministerium.

Erschwerend kommt hinzu, dass Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs lange Zeit gar nicht mit jüdischen Arbeitern und wenn doch, dann fast niemals mit Ghettos, sondern stets mit Arbeitslagern für nichtjüdische ‚Fremdvölkische‘ bzw. mit Konzentrationslagern assoziiert wurde.⁶ Für diesen Sachstand bieten sich zwei Erklärungsansätze an, entweder dass hierin eine grundlegende Forschungslücke erkennbar wird und / oder dass die Arbeit von Juden in Ghettos im Vergleich zu den Zwangsarbeitslagern (ZAL) oder zu nichtjüdischen Zwangsarbeitern in Polen und europaweit zumindest in makroökonomischer Hinsicht tatsächlich unbedeutend war. Konkrete, kumulierte Zahlenangaben, die eine solche These stützen oder widerlegen könnten, liegen – soweit ersichtlich – jedoch nicht vor.

ten, hg. v. ZARUSKY, S. 39-50, bes. S. 48. Vgl. INGO LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, München 2007; DERS., Die Enteignung der Juden im besetzten Polen 1939–1945, in: Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus, hg. v. KATHARINA STENGEL, Frankfurt / New York 2007, S. 283-307.

⁶ MARK SPOERER, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945. Stuttgart / München 2001; ULRICH HERBERT, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1985; Bonn 1999; RAINER FRÖBE, Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie, 1943–1945, in: Der „Reichseinsatz“. Ausländische Arbeitskräfte in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft 1939 bis 1945, hg. v. ULRICH HERBERT, Essen 1991, S. 351-383; Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, hg. v. HERMANN KAIENBURG, Leverkusen 1996; grundlegend WOLF GRUNER, Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943, Berlin 1997.

Jüdische Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

Nach 1945, als die nationalsozialistischen Verbrechen in den alliierten Kriegsverbrecherprozessen öffentlich wurden und in ihrem ganzen Ausmaß den Abscheu der Welt hervorriefen, schien den Überlebenden und den meisten der nachfolgenden Betrachter das Planvolle der Nationalsozialisten, nicht nur in Bezug auf den Massenmord an den europäischen Juden, sondern auch hinsichtlich des Zwangsarbeitereinsatzes, völlig evident zu sein. *Man übersieht*, notierte beispielsweise der Herausgeber eines Holocaust-Überlebendenberichts noch Anfang der 1990er Jahre, „dass es eine vorab genau durchkalkulierte Nazi-Politik war, die Arbeitskraft der Häftlinge in Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern bis zu ihrer physischen Vernichtung und Verelendung für die Zwecke des Nazi-Staates noch voll auszuschöpfen.“⁷

Dies wird man für die vielen Konzentrationslager vor allem seit 1936/37 und die zahlreichen Zwangsarbeitslager schwerlich in Frage stellen, wenn auch zu differenzieren ist, aber für die Ghettos mit ihrer höchst uneinheitlichen Entstehungsgeschichte scheint diese „durchkalkulierte Nazi-Politik“ definitiv nicht gegolten zu haben, wenngleich es natürlich auch hier – vielleicht sogar insbesondere hier – zu einer massiven Ausbeutung ‚arbeitsfähiger‘ Juden kam. Diese stand aber erst am Ende eines längeren Entwicklungsprozesses, denn zu Beginn der Okkupation war der „Arbeitseinsatz“ von Juden fast überall von planloser Willkür, Schikanen und Quälereien geprägt gewesen.

Die Erforschung und Bewertung jüdischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkriegs werfen gleichwohl mehrere grundlegende Fragen auf, die sich bislang nur äußerst sporadisch und vage beantworten lassen. Wie verhält sich der Arbeitseinsatz von Juden zum Zwangsarbeitereinsatz insgesamt? Welches Verhältnis besteht zwischen dem Einsatz von Juden in den zahlreichen Zwangsarbeitslagern⁸ und der Arbeit in Ghettos?⁹ Und lässt sich schließlich überhaupt realistisch abschätzen, in welchen Größenordnungen sich das Arbeitskräftepotenzial der Holocaustopfer, nicht zuletzt auch im Verhältnis zu ihrem materiellen Vermögen, verorten lässt? Im

⁷ HANS-WERNER WOLLENBERG, ...und der Alptraum wurde zum Alltag. Autobiographischer Bericht eines jüdischen Arztes über NS-Zwangsarbeitslager in Schlesien (1942–1945), hg. v. MANFRED BRUSTEN, Pfaffenweiler 1992, S. 17 (Einleitung des Herausgebers).

⁸ Vgl. z. B. für das Generalgouvernement JÓZEF MARZALEK, *Obozy pracy w Generalnym Gubernatorstwie w latach 1939–1945*, Lublin 1998.

⁹ Die Abgrenzungsprobleme, die mitunter zwischen Lagern und Ghettos bestanden, etwa im Falle des Gettos Litzmannstadt 1943/44, müssen an dieser Stelle unberücksichtigt bleiben.

Kontext des Holocaust sind diese Fragen wiederum sehr eng an eine Chronologie gekoppelt, bei der die Verhältnisse des Arbeitseinsatzes in den Ghettos und ZAL etwa 1940/41 sich dramatisch von denen der Jahre 1943 und 1944 unterschieden.

Der Prozess der ‚Arisierungen‘ und die allgemeine Verdrängung der deutschen Juden aus dem sozialen und – nur geringfügig zeitlich versetzt – auch dem wirtschaftlichen Leben gehörten zu den zentralen Prägungen, ja Obsessionen der Nationalsozialisten während der 1930er Jahre.¹⁰ Vor diesem Hintergrund kann es wenig überraschen, dass sie nach dem 1. September 1939 die Vermögenswerte, die sich vermeintlich in Händen der jüdischen Bevölkerung in den annektierten bzw. okkupierten oder auch nur dominierten Gebieten Ostmittel- und Osteuropas befanden, für ungleich wichtiger hielten als deren Arbeitskraft, auf deren systematische Ausbeutung man einen in der Rückschau erstaunlich langen Zeitraum zumindest in der Führungsspitze in Person des Generalgouverneurs oder der jeweiligen Reichsstatthalter, aber auch in den mit dem Arbeitseinsatz befassten Ministerien in Berlin meinte verzichten zu können.

In den annektierten Gebieten Polens, den so genannten ‚eingegliederten Gebieten‘, hatte die NS-Wirtschaftspolitik seit Herbst 1939 zwei strukturell miteinander unvereinbaren Zielen zu genügen: Einerseits sollten die Gebiete industriell und agrarwirtschaftlich so schnell und effizient wie möglich der deutschen Kriegswirtschaft dienstbar gemacht werden, andererseits plante man einen großzügigen Aufbau mit dem mittel- bis langfristigen Ziel einer vollständigen ‚Germanisierung‘. Einem Leistungstransfer aus diesen Gebieten ins Reich stand die Forderung nach umfassenden Investitionen zu deren Eingliederung entgegen. Der Tendenz nach lief das eine Ziel kurzfristig darauf hinaus, die vorgefundene Wirtschaftsordnung abzuschaffen und durch eine neue systemkonforme Ordnung einer gelenkten Kriegswirtschaft zu ersetzen. Das zweite Ziel dagegen tendierte längerfristig dazu, die politische und ökonomische Ordnung den Erfordernissen eines großdeutschen Wirtschaftsraumes anzupassen. Dabei mussten sich Dysfunktionalitäten schon deshalb zwingend einstellen, weil beide Ziele in einem okkupierten Gebiet mit einer den Besatzern verständlicherweise feindlich gesonnenen Bevölkerungsmehrheit sog. ‚Fremdvölkischer‘ ohne erklärte Gewalt nicht anzugehen waren.¹¹

¹⁰ Vgl. zur „Arisierungs“-Thematik den konzisen Überblick bei BENNO NIETZEL, Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden, 1933–1945. Ein Literatur- und Forschungsbericht, in: AFS 49 (2009), S. 561–613; vgl. auch CHRISTOPH KREUTZMÜLLER u. a., Nazi Persecution and Strategies for Survival. Jewish Businesses in Berlin, Frankfurt, and Breslau, 1933–1942, in: YVS 39 (2011), S. 31–70.

¹¹ LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen, S. 67 ff.

Demgegenüber durchlief das Generalgouvernement einen komplexen Prozess, an dessen Beginn die Konzeption eines „Trümmerhaufen[s]“¹² und Zwangsarbeiterreservoirs, das heißt der „Ausnutzung und Ausschachtung“ des vorgefundenen Produktionspotenzials und ‚Menschenmaterials‘ stand, die allmählich erweitert bzw. abgelöst wurde durch die Vorstellung, auch das Generalgouvernement sei wirtschaftlich auf die Höhe des Reiches zu bringen. Spätestens ab Frühjahr 1941 war dann offen von einer ‚Germanisierung‘ auch des Generalgouvernements die Rede, und namentlich Generalgouverneur Frank träumte davon, es müsse „ein so deutsches Land werden wie das Rheinland, zum arischsten Gau des Deutschen Reiches und werde deshalb in absehbarer Zeit von Juden völlig befreit“.¹³ Neben der Flut von Verordnungen und Anweisungen, mit deren Hilfe die Nationalsozialisten binnen weniger Wochen jede ökonomische Lebensgrundlage der polnischen Juden zerstörten und deren Eigentum praktisch komplett konfiszierten, nehmen sich die beinahe schon lakonischen, wenn auch flächendeckenden Verordnungen zum Arbeitszwang der Juden im Generalgouvernement spätestens ab Dezember 1939, in der Praxis schon deutlich früher, überraschend überschaubar aus.¹⁴

Der Grund hierfür ist ein recht einfacher: Ging es im Falle jüdischen Eigentums doch um einen äußerst regulierungsbedürftigen Interessensausgleich konkurrierender deutscher Institutionen und Behörden (SS, Vierjahresplanbehörde, die zuständigen Gauleiter, nicht zuletzt auch die Reichsministerien). Demgegenüber sind im Falle des Arbeitseinsatzes zahlreiche Überlebendenberichte von dem Eindruck eines großen Chaos und ebenso großer Willkür geprägt, was Zwangsarbeit insbesondere während der ersten Monate der deutschen Besatzung oft genug in die Nähe sinnloser Willkür und brutaler Folter rückte, zumal auch Dienststellen und in vielen Fällen sogar selbsternannte ‚Herrenmenschen‘ und Privatfirmen sich anmaßen, Juden beliebig als unbezahlte Arbeitssklaven rekrutieren zu dürfen. Ein nennenswerter ökonomischer Nutzen war hieraus nicht zu gewinnen.

Das vorrangige Ziel blieb allerorts, die Städte möglichst rasch judenfrei zu machen. In Krakau beispielsweise sollten von 65.000 Juden lediglich 5–10.000 Handwerker in der Stadt verbleiben dürfen. Es waren mehr-

¹² Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939 bis 1945, hg. v. WERNER PRÄG / WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975, S. 90-98, bes. S. 90 f. (Abteilungsleitersitzung vom 19.1.1940).

¹³ Ebd., S. 338 f. (Eintrag vom 26.3.1941); vgl. GERHARD EISENBLÄTTER, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement 1939–1945, Diss. Frankfurt 1969, S. 114 f.; LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen, S. 283 ff.

¹⁴ Vgl. hierzu auch STEPHAN LEHNSTAEDT, Die deutsche Arbeitsverwaltung im Generalgouvernement und die Juden, in: VfZ 60 (2012), S. 409-440.

heitlich die im Herbst 1939 allenthalben eingesetzten Judenräte, die durch die Einrichtung jüdischer Arbeitsvermittlungen sowie eine selbstständige und organisierte Zurverfügungstellung von Arbeitskräften mit der Zeit für eine gewisse Systematisierung sorgten,¹⁵ um Gewaltexzesse bei den ‚wild- den‘ Aushebungen zu unterbinden. Damit nahm der Grad der Gewalt und des Chaos beim Arbeitseinsatz ein wenig ab, die Judenräte schufen aber selbst nolens volens eine mehr oder minder effiziente Ausbeutungsstruktur, die sich im weiteren Verlauf im gesamten Arbeitseinsatz osteuropäischer Juden – sei es in Lagern, Ghettos oder außerhalb der Ghettos – wiederfinden und verfolgen lässt. Dabei war es anfänglich auch die Regel, dass Juden von den Judenräten bzw. jüdischen Gemeinden sei es mit Geld, sei es in Naturalien, entlohnt werden mussten, ohne dass die ‚Arbeitgeber‘ sich um das Auskommen, richtiger: um das Überleben der zur Zwangsarbeit rekrutierten Juden gekümmert hätten. Dahinter stand eine omnipräsente Überzeugung der SS- und Polizeieinheiten, der Arbeitsämter, Kreisleiter und Bürgermeister, die Juden würden ohnehin noch sagenhafte Reichtümer horten, mit denen sie ihr Leben problemlos würden bestreiten können.

Der Arbeitseinsatz ghettoisierter Juden

Spätestens nach Erscheinen von Dan Michmans „Angst vor den ‚Ostjuden‘“¹⁶ herrscht in der Forschung wohl weitgehende Einigkeit darüber, dass die Einrichtung all der Ghettos keinem zentralen Plan folgte und sie auch nicht von vornherein als „Vorhof zur Hölle“ der erst im Laufe des Jahres 1941 geplanten Vernichtungslager intendiert waren, selbst wenn es – vor allem in der besetzten Sowjetunion ab Sommer 1941 – Zwangswohnviertel gab, deren Einrichtung bereits in die Phase der Massenvernichtung und einer damit verbundenen Selektion zwischen ‚Arbeitsfähigen‘ und ‚Arbeitsunfähigen‘ fiel.

Auf einer von Reinhard Heydrich einberufenen Besprechung der Amtschefs und Einsatzgruppenführer am 21. September 1939 wurde explizit die Zusammenfassung der Juden „in den Städten im Getto“ gefordert, in Heydrichs bekanntem Schnellbrief vom selben Tag die Konzentration der jüdischen Bevölkerung in größeren Gemeinden und die Bildung von Judenräten. Diese Planungen erfolgten unzweideutig in Erwartung der baldigen Deportation der jüdischen Bevölkerung, so dass die nachfolgende, sich

¹⁵ Für Krakau vgl. ANDREA LÖW / MARKUS ROTH, Juden in Krakau unter deutscher Besatzung 1939–1945, Göttingen 2011, S. 30–33.

¹⁶ DAN MICHMAN, Angst vor den „Ostjuden“. Die Entstehung der Ghettos während des Holocaust, Frankfurt 2011.

faktisch über mehrere Jahre erstreckende Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung in Ost- und Ostmitteleuropa nicht ausschließlich, aber in erheblichem Maße als eine Geschichte des Scheiterns der Nationalsozialisten bei der Implementierung ihrer Vorstellungen von der Behandlung der Juden im neuen deutschen ‚Lebensraum‘ interpretiert werden kann.

Die Einrichtung von Ghettos erfolgte dementsprechend in der Regel auf Initiative der jeweiligen Bürgermeister, Kreis- oder Stadthauptleute und mit verschiedenen Begründungen, die von einem vermeintlichen ‚Seuchenschutz‘ über die Eindämmung des ‚Schwarzhandels‘ bis hin zu einem diffusen Aktionismus reichten, Repressalien gegen Juden ergreifen zu müssen. Die Ghettos sind daher zunächst einmal einer regionalen ‚Judenpolitik‘ zuzuordnen und entstanden erst, nachdem die oben genannten Weichen der Wirtschafts- und Besatzungspolitik längst gestellt worden waren. Der Einsatz polnischer Arbeitskräfte bzw. Zwangsarbeiter war von Beginn an gleichsam selbstverständlich und der ganzen volkstumspolitischen Konzeption der eingegliederten polnischen Gebiete und mehr noch des Generalgouvernements inhärent. Demnach sollte das Generalgouvernement vor allem landwirtschaftliche Arbeitskräfte in das Reich ‚exportieren‘, um der zurückbleibenden Bevölkerung eine kärgliche Existenz sichern zu können. Hierfür wurden sogar finanzpolitische Instrumentarien geschaffen, mittels derer polnische Arbeiter und Ostarbeiter ihre Ersparnisse ungeachtet der Devisenbewirtschaftung in die Heimat überweisen konnten.¹⁷ Der sehr rasche Übergang von der Anwerbung Freiwilliger zu brutalen „Fangaktionen“, in deren Folge weit über eine Million polnische Zwangsarbeiter für das Reich – und eine ungleich größere Zahl als faktische Zwangsarbeiter in den annektierten polnischen Gebieten selbst – arbeiten mussten, führte neben der Not für die Betroffenen – wie schon Gerhard Eisenblätter Ende der 1960er Jahre hervorgehoben hat – auch „zu einer völligen Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des GG“.¹⁸

Im Falle der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement stellte sich die Lage anders dar. Es zählte zu den ideologischen Versatzstücken der Besatzungspolitik, auf die Arbeit der Juden, die ja ohnehin bald verschwinden würden – an die deutsch-sowjetische Demarkationslinie, ins Generalgouvernement, nach Madagaskar, in die Pripjetsümpfe, hinter den Ural, in Richtung Eismeer oder wohin auch immer –, getrost verzichten zu können. Ein ursächlicher Konnex zwischen der Absicht, jüdische Zwangsarbeiter zu exploitiieren, und der Ghettoisierung ist also nicht erkennbar. In Oberschlesien beispielsweise wurden zwar seit Mitte Oktober 1940 zahlrei-

¹⁷ LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen, S. 383 ff.

¹⁸ EISENBLÄTTER, Grundlinien der Politik des Reichs, S. 324.

che Arbeitslager für Juden eingerichtet,¹⁹ die fortan (bis Sommer 1943) allesamt unter der Aufsicht des sog. „Sonderbeauftragten des Reichsführers-SS für fremdvölkischen Arbeitseinsatz in Oberschlesien“, SS-Brigadeführer Albrecht Schmelt, standen – weit über 150 Arbeitslager mit mehreren Zehntausend jüdischen Zwangsarbeitern.²⁰ Ghettos wurden in Oberschlesien jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt eingerichtet, wenn auch abgegrenzte Straßenzüge und -blocks, in denen Juden in Będzin, Sosnowiec, Dąbrowa Górnicza und anderen oberschlesischen Städten leben mussten, bereits deutlich früher von den deutschen Behörden geschaffen worden waren.

Waren die Ghettos dementsprechend ein Provisorium – nicht für eine ausbleibende, sondern lediglich für eine verzögerte Deportation –, so war der systematische Arbeitseinsatz in den Ghettos in nicht geringerem Maße eine Notlösung. Bei der Ghettoisierung hatte der Gedanke des Raubs des mobilen und immobilien Eigentums Vorrang, ferner der bereits genannte, vermeintlich dringliche Seuchenschutz und erst in zweiter Linie der kontrollierte Einsatz von Juden zur Arbeit. Diesen Arbeitseinsatz zu systematisieren, war seit Herbst 1939 wie erwähnt eine Initiative der Judenräte gewesen, weniger der jeweiligen deutschen Ortsbehörden.

In gewisser Hinsicht jedoch war die Systematisierung von Ghettoarbeit eine direkte Folge der Ausraubung und der weitgehenden Pauperisierung der Juden, denn nur allzu rasch stellte sich den Stadtverwaltungen das Problem, die Ghettobewohner aus eigenen Mitteln ernähren bzw. – realistisch formuliert – am Leben erhalten zu müssen. Der Arbeitseinsatz, der in sehr vielen verschiedenen Formen auftrat – vom morgendlichen Ausmarsch zu einem Produktionsbetrieb oder sogar einzeln zu Handwerksbetrieben außerhalb der Ghettos bis hin zu umfangreichen Maschinenparks in den Ghettos wie Litzmannstadt und Warschau –, sollte daher die laufenden Kosten für den Unterhalt eines Ghettos decken, zumindest jedoch reduzieren, nachdem die Juden hierzu selbst schon nicht mehr in der Lage waren. Zugespielt formuliert könnte man vielleicht sagen, dass die allumfassende Pauperisierung am Beginn steht und deren für die Nationalsozialisten negative Begleiterscheinungen dann durch den verstärkten Einsatz jüdischer Arbeitskräfte aufgefangen bzw. kompensiert werden sollten. Die Ghettos

¹⁹ STEPHAN LEHNSTAEDT, *Coercion and Incentive. Jewish Ghetto Labor in East Upper Silesia*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 24 (2010), S. 400-430; vgl. auch den Beitrag von Aleksandra Namysło in diesem Band.

²⁰ Vgl. ALFRED KONIECZNY, *Die Zwangsarbeit der Juden in Schlesien im Rahmen der „Organisation Schmelt“*, in: *Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?*, hg. v. GÖTZ ALY u. a., Berlin 1987, S. 91-110; SYBILLE STEINBACHER, *„Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien*, München 2000, S. 138-153.

waren ein kommunaler Ausgabeposten, und das Arbeitspotenzial der jüdischen Ghettabewohner sollte diesen Ausgabeposten mindern oder sogar ganz aufwiegen, was im Falle einiger weniger großer Ghettos womöglich gelang, in der weit überwiegenden Zahl der kleinen und mittleren Ghettos aber fehlschlug und in ausnahmslos *allen* Ghettos eine humanitäre und menschliche Katastrophe bedeutete.

Der einzige ‚Wertgegenstand‘, den die Ghettabewohner noch hatten, war ihre Arbeitskraft. Und so überrascht es nicht, wenn die Initiative zur Bildung von kriegswichtigen Produktionsbetrieben für die Deutschen von den Judenräten ausging, die auf diese Weise eine Unentbehrlichkeit der jüdischen Arbeiter schaffen wollten.²¹ Mordechai Chaim Rumkowski als der ‚Judenälteste‘ im Getto Litzmannstadt hatte den deutschen Behörden bereits Anfang April 1940, das heißt noch vor Abschließung des Ghettos, vorgeschlagen, 8-10.000 jüdische Facharbeiter gegen Lebensmittellieferungen arbeiten zu lassen.²² Mit einer gewissen Verzögerung und in Abhängigkeit von den regionalen Gegebenheiten finden sich solchen Versuche einer ‚Produktivierung‘ auch in anderen Ghettos, zuletzt wohl in Białystok, wo der Ältestenrat das Ghetto im Frühsommer 1942 mittels Industrieansiedlung und Werkstätten den Stadtbehörden empfahl.²³

Als sich Mitte 1940 langsam und vereinzelt auf deutscher Seite die Einsicht einstellte, dass man die Juden nicht ohne Weiteres nach Madagaskar oder an einen anderen Ort würde deportieren können, vermochten sich vorübergehend die Befürworter einer rentablen Ghettowirtschaft auf der Grundlage jüdischer Zwangsarbeit in Betrieben auf dem Ghettogelände oder in der näheren Umgebung durchzusetzen – faktisch brauchten die Deutschen dabei nur auf konkrete Vorschläge seitens der Judenräte einzugehen.

Ende März 1941 hielt Dr. Peter-Heinz Seraphim, „Sachverständiger für Juden“ im Institut für Deutsche Ostarbeit im Generalgouvernement, im Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt einen Vortrag über

²¹ Vgl. CHRISTOPHER R. BROWNING, Nazi Germany's Initial Attempt to Exploit Jewish Labor in the General Government. The Early Jewish Work Camps 1940–1941, in: Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Festschrift für Wolfgang Scheffler, hg. v. HELGE GRABITZ u. a., Berlin 1994, S. 171–185; vgl. DERS., Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, München 2003, S. 229–238.

²² ISAAH TRUNK, Lodzher geto. A historishe un sotsiologishe shtudie mit dokumentn, tabelle un mape, New York 1962 [engl. Łódź Ghetto. A History, Bloomington / Indianapolis 2006], S. 87 f., 152–179; GORDON J. HORWITZ, Ghettestadt. Łódź and the Making of a Nazi City, Cambridge / London 2008, S. 57–59.

²³ Der Judenrat von Białystok. Dokumente aus dem Archiv des Białystoker Ghettos 1941–1943, hg. v. FREIA ANDERS u. a., Paderborn 2010, S. 112 ff.

„Bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage“. Darin brachte er das Problem auf den Punkt: Zwangsarbeit in Ghettos sei als eine Maßnahme zur Kostenreduktion, nicht aber als Quelle ökonomischer Profite zu verstehen.

„Das Stadtghetto kann sich selbst aus sich weder mit Industriewaren noch mit Rohstoffen und Heizmaterialien noch auch mit Lebensmitteln versorgen.

Es müßte also die Gesamtheit des Bedarfs eingeführt werden. Diese Einfuhren könnten je Kopf des Ghibtobewohners gering sein und das Existenzminimum nicht überschreiten – in ihrer Gesamtheit stellen sie aber eine ständige merkliche Zufuhrbelastung dar und bedeuten praktisch eine Ernährung und Erhaltung der Juden durch die Nichtjuden. Eine Ernährung des Ghettos ist aber selbstverständlich ohne eine wirtschaftliche Gegenleistung des Ghettos undenkbar. Möglichkeit der Gegenleistung besteht nur in der Nutzbarmachung jüdischer Arbeitskraft. Es widerspricht dem Prinzip des geschlossenen Ghettos und der Ausgliederung der Juden, diese Arbeitskraft außerhalb des Ghettos zu verwenden. Ihre Verwendung im Ghetto ist aber nur möglich, wenn Maschinen und Rohstoffe ins Ghetto geliefert werden, eine Arbeitsdienstpflcht eingeführt und ihre Durchführung überwacht wird, kurz, wenn man zur äußeren Bewachung des Ghettos eine ausreichende Innenüberwachung, Organisation und Kontrolle durch eine sicher nicht kleine Zahl nichtjüdischen Aufsichtspersonals hinzufügt. Das wirtschaftliche Ergebnis bleibt immer zweifelhaft, da die ausgenutzte Arbeitskraft ausschließlich durch äußeren Zwang angetrieben wird. Das Resultat von Zwangsarbeit bleibt aber ökonomisch immer unbefriedigend.“²⁴

Einige der genannten Aspekte der Ghettowirtschaft waren bereits überholt, als Seraphim seine Rede hielt. Vor allem existierten im Frühjahr 1941 längst die beiden mit Abstand größten Ghettos, welche die Nationalsozialisten in Warschau und Litzmannstadt errichtet und in denen sie fast 500.000 respektive 160.000 Menschen eingesperrt hatten.

Sodann standen sowohl in Litzmannstadt als auch in Warschau im Frühjahr 1941 gerade grundlegende Wandlungen an: in Litzmannstadt war das Getto – auch mittels eines Kredits der städtischen Banken – auf dem besten Wege, wirtschaftlich zu produzieren, d. h. durch Arbeit in den Arbeitsressorts mehr zu erwirtschaften als für Lebensmittel und sonstige Lieferungen in das Getto aufgewendet werden mussten – allerdings auch um den Preis von über 43.000 Opfern, die zwischen 1940 und 1944 an

²⁴ PETER-HEINZ SERAPHIM, Bevölkerung- und wirtschaftspolitische Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage; in: *Weltkampf* 1 (1941), S. 43-51, abgedruckt in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 3: *Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren September 1939–September 1941*, bearbeitet von ANDREA LÖW, München 2012, S. 438-447, hier S. 445 f. (Dokument Nr. 171).

Krankheiten und mehr noch an Unterernährung und Hunger starben.²⁵ In Warschau wiederum war dieser Wandel mit der Person des Bankiers Max Bischof sowie der Einrichtung der ‚Transferstelle Warschau‘ verbunden.²⁶

Der Judenälteste in Litzmannstadt, Mordechai Chaim Rumkowski, ordnete dem Arbeitseinsatz im Getto Litzmannstadt gleichwohl praktisch alles unter. „Unser einziger Weg ist Arbeit“ lautete seine in den folgenden Jahren vielfach variierte Losung. Ende 1940 waren bereits 18 verschiedene Arbeitsressorts mit 7.000 Arbeitern tätig. 1943 arbeiteten über 60.000 Menschen in 96 Ressorts.²⁷ „Das schönste Geburtstagsgeschenk für den Präses [Rumkowski] – ehrliche und nützliche Arbeit“ titelte die jiddische Getto-Zeitung im März 1941.²⁸

Allerdings ist diese Entwicklung hin zu einer Produktivierung faktisch nur bei großen Ghettos wie Litzmannstadt oder Warschau archivalisch nachzuvollziehen.²⁹ Bei den kleineren Ghettos, zumal bei den offenen oder ‚halboffenen‘ besonders im Reichsgau Wartheland und im Regierungsbezirk Kattowitz, blieben Arbeitsaufträge in der Stadt die Regel, ferner hatten viele kleine Ghettos auch mit in der Nähe gelegenen Zwangsarbeitslagern gewissermaßen zu ‚konkurrieren‘, standen mit diesen zumindest in einem Fluktuationsverhältnis.

Dies war allerdings auch bei einem so großen Getto wie dem in Litzmannstadt der Fall; die Gettoverwaltung vermittelte seit Ende 1940 gegen eine „Judenleihgebühr“ mehrere Tausend Juden für zahlreiche Bauprojekte im Warthegau, vor allem im Regierungsbezirk Posen, wo beim Reichsbahn- und Reichsautobahnbau, bei zahlreichen anderen Bauprojekten, aber auch in der Landwirtschaft und bei Meliorationsarbeiten zahlrei-

²⁵ PETER KLEIN, Die „Gettoverwaltung Litzmannstadt“ 1940–1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009; ANDREA LÖW, Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten, Göttingen 2006.

²⁶ Vgl. hierzu den Aufsatz von Giles Bennett im vorliegenden Band; vgl. MACIEJ WÓJCIKI, Oblicza przedsiębiorczości w getcie warszawskim, in: Midrasz. Pismo Żydowskie Nr. 9 (137) (2008), S. 26–28.

²⁷ Angaben nach JULIAN BARANOWSKI, Das Getto Litzmannstadt, in: Berliner Juden im Getto Litzmannstadt 1941–1944. Ein Gedenkbuch. Bearbeitet von INGO LOOSE, Berlin 2009, S. 32–43, hier S. 40.

²⁸ Archiwum Państwowe w Łodzi (APŁ, Staatsarchiv Łódź), PSŻ, Nr. 1075: Di shenste matune farn prezes tsu zayn geboyrtog – erlekhe un nutslekhe arbet!, in: Geto-Caytung Nr. 3 vom 21.3.1941, S. 1.

²⁹ Vgl. ferner KATRIN REICHELT, Profit and Loss. The Economic Dimension of the Riga Ghetto (1941–1943), in: The Issues of the Holocaust Research in Latvia, Riga 2001, S. 168–184.

che Zwangsarbeitslager für zuvor aus dem Getto Litzmannstadt deportierte Juden eingerichtet wurden.³⁰

Wo sich Ressorts und Produktionsstätten im Ghetto entwickelten, nahmen diese oft beachtliche Ausmaße an – Finanzvolumina wie die der ‚Transferstelle Warschau‘ und auch der dortigen ‚Abrechnungsstelle der Warschauer Banken mit dem Judenrat‘³¹ geben davon einen beredten Eindruck. Hier galt die Aufmerksamkeit seit dem Frühsommer 1941 der „Förderung der gewerblichen Betätigung der Juden im jüdischen Wohnbezirk in Warschau“. ³² Mitte August 1941 entstand dort eine ‚Lieferungsgesellschaft des Jüdischen Gewerbes mbH‘ (TODOS), die direkt mit nicht jüdischen Unternehmen in Geschäftsbeziehungen treten durfte und fortan dazu beitrug, den monatlichen Lebensmittelbedarf des Ghettos im Wert von fast 13 Mio. Złoty zu erwirtschaften. Bis Ende 1941 gab es 65.000 Arbeiter im Ghetto, im Juli 1942, unmittelbar vor Beginn der Deportationen, sogar 70-80.000.³³ Zwischen August 1941 und Juli 1942 stieg der monatliche Umsatz des Warschauer Ghettos mit der Außenwelt von 2,3 Mio. auf über 16,5 Mio. Złoty.³⁴

Diese Zahlen vermitteln einen allgemeinen Eindruck, keinesfalls jedoch ein getreues Bild von der Warschauer Ghettowirtschaft. Mit Beginn der Deportationen in das Vernichtungslager Treblinka ab Ende Juli 1942 sank die Anzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen ohnehin binnen kürzester Zeit rapide. In Warschau wurde – um eine vielzitierte Formulierung von Christopher Browning zu verwenden – „mit der Wende zum Massenmord vor-

³⁰ ANNA ZIÓLKOWSKA, *Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej (1941–1943)*, Poznań 2005, S. 76, 82; MICHAEL ALBERTI, *Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945*, Wiesbaden 2004, S. 283-291.

³¹ Vgl. hierzu LOOSE, *Kredite für NS-Verbrechen*, S. 354-360.

³² AO Nr. 4 des Leiters der Abteilung Devisen im Amte des Generalgouverneurs betr. allgemeine Maßnahmen zur Sicherstellung jüdischen Vermögens vom 20.11.1939, in: VOBIGG 1939, S. 57; AO Nr. 7 des Leiters der Abteilung Devisen im Amt des Generalgouverneurs betr. allgemeine Maßnahmen zur Sicherstellung jüdischen Vermögens vom 1.3.1940, in: VOBIGG II 1940, S. 141. Vgl. auch den Artikel „Bilans handlowy dzielnicy żydowskiej“, in: *Gazeta Żydowska* Nr. 61 vom 21.7.1941, S. 3, abgedruckt in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 4: Polen September 1939–Juli 1941, bearbeitet von KLAUS-PETER FRIEDRICH, München 2011, S. 682 f.

³³ JERZY WINKLER, *Getto walczy z niewolą gospodarczą*, in: *BŻIH* 35 (1960), S. 55-86, hier S. 65.

³⁴ Vgl. LOOSE, *Kredite für NS-Verbrechen*, S. 350-360.

zeitig ein Wirtschaftsexperiment beendet, das gerade erst begonnen hatte, Früchte zu tragen“.³⁵

Dass eine Produktion im Ghetto, die zu einer Verbesserung der allgemein furchtbaren Lage der Ghettoinsassen hätte führen können, durch Deportationen abgebrochen wurde, gilt ebenso für andere Ghettos, auch wenn es zu Unterschieden im zeitlichen Ablauf kam – vor allem in Abhängigkeit von den Tötungskapazitäten in den jeweiligen Vernichtungslagern. Für die allermeisten Ghettos liegen solch valide Unterlagen wie im Falle von Warschau oder Litzmannstadt gar nicht oder nur sehr fragmentarisch vor. Eine besondere Situation wiederum liegt im Falle der Ghettos auf dem Gebiet der besetzten Sowjetunion seit dem Sommer 1941 vor (vgl. das genannte Beispiel Białystok), wo der Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung, die Einrichtung von Ghettos, zugleich aber auch der Massenmord zeitgleich verliefen und sich die Situation recht deutlich von der im besetzten Polen seit Herbst 1939 unterschied.

Die Ghettoarbeit und der Holocaust

Die Bemühungen um eine „Produktivierung“ in ihrem zeitlichen Ablauf zu betrachten, ist deshalb so wichtig, weil eine positive Zahlungsbilanz der Ghettos entgegen einer weit verbreiteten Annahme nicht nur auf jüdischer Seite ihren Insassen keine größere Sicherheit vor dem Zugriff derer bedeutete, die spätestens 1941 auch über Massenmord nachzudenken begonnen hatten. Die Bandbreite dieser Überlegungen reichte dabei von Alexander Palfingers Modell einer systematischen Unterversorgung der Ghettobewohner (erst in Litzmannstadt, nach seiner Versetzung dann auch in Warschau) bis hin zum berüchtigten Telegramm des Leiters der sog. Umwandererzentralstelle in Posen, Rolf-Heinz Höppner, an Adolf Eichmann vom 16. Juli 1941, in dem Höppner explizit zu verstehen gab, dass man im Umfeld von Gauleiter Greiser über ein „schnellwirkendes Mittel“ zur Ermordung der arbeitsunfähigen Juden nachdachte.³⁶

Mordpläne standen zunächst durchaus nicht im Widerspruch zu der wachsenden Produktivität der Ghettos. Zynischerweise unterschied sich für

³⁵ BROWNING, Die Entfesselung der „Endlösung“, S. 248; vgl. BARBARA ENGELKING / JACEK LEOCIĄK, *Getto Warszawskie. Przewodnik po nieistniejącym mieście*, Warszawa 2001, S. 390 f.

³⁶ Vermerk des Leiters der Umwandererzentralstelle Posen, SS-Sturmbannführer Rolf-Heinz Höppner, für RSHA Amt IV B 4, Adolf Eichmann, vom 16.7.1941, abgedruckt in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 4, S. 680 f. (Dokument Nr. 314).

die Besatzer die Kostenreduktion durch Arbeit nicht wesentlich von einer Auflösung oder Verkleinerung der Ghettos, selbst wenn das den Massenmord an den Bewohnern nach dem Kriterium der Arbeitsfähigkeit bzw. Arbeitsunfähigkeit bedeutete. Auf die Planungen zur systematischen Vernichtung der europäischen Juden wirkten sich die regionalen Initiativen in den Ghettos jedenfalls nur sehr indirekt aus, und der scheinbar ökonomisch sinnvolle Kompromiss war die Selektion der Arbeitsfähigen von den Nichtarbeitsfähigen und die Deportation letzterer. Dabei stellten die Zwangsarbeitslager das Beispiel und Vorbild für Selektionen dar, wohingegen in den Ghettos in der Regel noch die Familien zusammenlebten – von Kleinkindern bis zu Greisen.

Der bisher von den Judenräten mit den jeweiligen Stadtverwaltungen ausgehandelte vorgebliche Kompromiss, dass die Ghettos bestehen und ihre Bewohner unangetastet blieben, wenn nur der im und außerhalb des Ghettos geleistete Arbeitseinsatz annähernd zur Kostendeckung ausreichte, erodierte zusehends, auch wenn die jeweiligen Judenräte versuchten, den Arbeitseinsatz in alle nur denkbaren Richtungen auszudehnen – im Getto Litzmannstadt waren bald auch achtjährige Kinder in den Arbeitsressorts keine Seltenheit mehr. Alles in allem jedoch mussten Ghettos im Vergleich mit Arbeitslagern ineffizient wirken: wegen der vermeintlich nichtproduktiven Familienmitglieder, wegen ihrer Lage oft genug mitten im Zentrum der Städte, wohingegen in den Zwangsarbeitslagern per se nur die am Leben blieben, die auch die vorgegebene Arbeitsleistung erbrachten und weil Lager viel flexibler an der Peripherie oder an bereits bestehenden Produktionsstandorten zu errichten waren.

Mit der seit 1941 diskutierten und spätestens seit Frühjahr 1942 allorts in die Praxis umgesetzten Unterscheidung zwischen ‚arbeitsfähigen‘ und ‚arbeitsunfähigen‘ Juden gingen die Nationalsozialisten unübersehbar den letzten Schritt zu ihrer „Endlösung der Judenfrage“, denn nun spielten nicht mehr Isolation, Beraubung und Kostenminimierung eine Rolle, sondern nur noch die Ermordung. Die einzige Alternative zum sofortigen Tod war Zwangsarbeit. Die Juden hingegen arbeiteten nur mehr in der Hoffnung, dann am Leben bleiben zu dürfen, aber selbst diese Hoffnung auf einen letzten Rest von Handlungsrationalität blieb unerfüllt.

Der in der historischen Forschung immer wieder bemühte scheinbare Widerspruch zwischen Vernichtung der Juden und ihrem Arbeitseinsatz verschwindet somit schon dadurch, dass man sich genauer ansieht, in welchen ökonomischen Kategorien der Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter in der SS gesehen wurde. In dem für die Debatte um die Entscheidungsfindung zum Massenmord zentralen, schon genannten Telegramm vom 16. Juli 1941 thematisierte Höppner Eichmann gegenüber die Arbeiter im Getto Litzmannstadt lediglich als Quelle persönlicher Bereicherung:

„Es besteht der Eindruck, dass Regierungspräsident Uebelhoer nicht wünscht, dass das Getto in Litzmannstadt verschwindet, da er mit ihm ganz gut zu verdienen scheint. Als Beispiel, wie man an Juden verdienen kann, wurde mir mitgeteilt, dass das Reichsarbeitsministerium aus einem Sonderfonds für jeden in der Arbeit eingesetzten Juden RM 6 bezahlt, der Jude aber nur 80 Pfg. kostet.“³⁷

Wie sich seit Sommer 1941 (für die besetzten sowjetischen Gebiete) bzw. seit Herbst 1941 / Frühjahr 1942 für das Generalgouvernement und die eingegliederten Gebiete das Verhältnis zwischen Massenmord an und Zwangsarbeitseinsatz von Juden gestaltete, hing in erster Linie von der Region und der dortigen Verwaltungsstruktur sowie der Rolle des SS-Apparates ab. Im Generalgouvernement wurden nicht nur Zwangswohnviertel für Juden eingerichtet, sondern im Laufe der Zeit auch zahlreiche Zwangsarbeiterlager. Formal waren im Generalgouvernement wie in den meisten besetzten Gebieten die Arbeitsämter für den Einsatz jüdischer Arbeitskräfte zuständig, wenn auch zum Teil erst deutlich nach Beginn der Okkupation, im Generalgouvernement erst seit Juni 1940. Sie waren fortan die Mittlerinstanz zwischen Betrieben, Unternehmen und militärischen Dienststellen einerseits und den Judenräten andererseits, bis dann zwei Jahre später, im Juni 1942 ihre Zuständigkeit für den Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung von den jeweiligen SS- und Polizeiführern übernommen wurde.

In den besetzten sowjetischen Gebieten hingegen wurde der Schritt in Richtung auf einen systematischen und unterschiedslosen Massenmord früher getan als im besetzten Polen.³⁸ Nennenswerte Konflikte zwischen Sicherheitspolizei und der Zivilverwaltung bzw. Wehrmachtsdienststellen löste die Vernichtung kaum aus. Gleichwohl konnte auch hier auf den Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter nicht verzichtet werden, viele deutsche Dienststellen bevorzugten sie sogar vor der nichtjüdischen Ortsbevölkerung, was regelmäßig für Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Behörden und Einheiten sorgte. Schon Anfang Oktober 1941 hatte Heydrich darüber geklagt, dass die Gefahr bestehe, dass „vor allem von Seiten der Wirtschaft in zahlreichen Fällen Juden als unentbehrliche Arbeitskräfte reklamiert würden und daß sich niemand bemühe, an Stelle der Juden anderen Arbeitskräfte zu bekommen“. Dies würde, so Heydrich weiter,

³⁷ Ebd., S. 681.

³⁸ Vgl. zum Folgenden die grundlegende Übersicht: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 7: Die besetzten sowjetischen Gebiete, Teil I, bearbeitet von BERT HOPPE, München 2011, S. 52 ff.

„aber den Plan einer totalen Aussiedlung der Juden aus den von uns besetzten Gebieten zunichte machen“. ³⁹

In der Tat reklamierten vor allem Wirtschaftsbetriebe jüdische Facharbeiter für ihren Bedarf, dies erfolgte aber immer unter der Prämisse, dass es sich hierbei um eine Übergangslösung handele, bis geeignete nicht-jüdische Arbeitskräfte zur Verfügung stünden bzw. angelernt seien. Bereits im August 1941 hatte Hinrich Lohse Richtlinien für das Reichskommissariat Ostland erlassen, wonach die Juden in zu errichtenden Ghettos zu konzentrieren seien. Die Juden seien dort „nach Maßgabe des Arbeitsbedarfs zu Zwangsarbeit heranzuziehen. Die wirtschaftlichen Interessen förderungswerter Landeseinwohner dürfen durch die jüdische Zwangsarbeit nicht geschädigt werden.“ ⁴⁰

Zwar drängten Himmler und das RSHA in der Folgezeit wiederholt auf die „Ausscheidung des Judentums“ in den besetzten Ostgebieten, besonders Himmler noch einmal am 29. Januar 1942 in seinen „Richtlinien über die Behandlung der Judenfrage“. ⁴¹ Die am Leben gebliebenen Juden sollten systematisch zum Arbeitseinsatz gebracht werden; insgesamt jedoch hielten deutsche Dienststellen die Ghettos noch für ein wichtiges ökonomisches Potenzial. Mitunter verkehrte sich sogar die Argumentation ins Gegenteil, wenn beispielsweise in der besetzten Sowjetunion der Wehrwirtschaftsstab Ost die Bildung von Ghettos mit der Begründung forderte, die ortsansässige Industrie und nichtjüdische Konkurrenz schützen zu wollen. ⁴²

Sogar die Tarnsprache des Protokolls der Wannsee-Konferenz vom 21. Januar 1942 lässt keinen Zweifel daran, dass der Arbeitseinsatz in den zur Germanisierung vorgesehenen Gebieten nicht bzw. allenfalls als Zwischentappe geplant war. Die Juden sollten „im Zuge der Endlösung [...] im Osten zum Arbeitseinsatz kommen und soweit sie nicht durch natürliche

³⁹ Bundesarchiv Berlin (BAB), NS 19/1734, Bl. 2-7, hier Bl. 7: Niederschrift einer Besprechung zwischen Heydrich, Gauleiter Alfred Meyer, Dr. Leibbrandt und Dr. Hans Ehlich. Abgedruckt in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 7, S. 550-553.

⁴⁰ USHMM, RG-18.002M, reel 2: Reichskommissar für das Ostland – Vorläufige Richtlinien, gez. Hinrich Lohse, für die Behandlung jüdischer Bürger im Gebiet des Reichskommissariats vom 18.8.1941. Abgedruckt in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 7, S. 527-531.

⁴¹ BAB, R 6/74, Bl. 94-97: Schnellbrief des RFSS an Dr. Erhard Wetzel im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete vom 29.1.1942 betr. Braune Mappe für die Reichskommissariate Ostland und Ukraine mit undatierter Anlage „Richtlinien über die Behandlung der Judenfrage“ (Abschrift).

⁴² Abgedruckt in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, Bd. 7, S. 188 f.

Verminderung ausfallen, sollte der allfällig endlich verbleibende Restbestand [...] entsprechend behandelt werden.“⁴³

Der Beitrag der Ghettoarbeit für die NS-Ökonomie

Die Bedeutung jüdischer Zwangsarbeiter für die reichsdeutsche Kriegswirtschaft abzuschätzen, ist vor dem skizzierten Hintergrund ein praktisch unmögliches Unterfangen; jede Zahlenangabe in diesem Zusammenhang wäre punktuell, das heißt wenig mehr als willkürlich gewählt. Im Gesamtkomplex der Millionen Zwangsarbeiter hatten Juden nur einen geringen Anteil, woran sich auch dann nichts änderte, als im Laufe des Kriegs die Zwangsarbeit der Juden im Reich zunehmend forciert wurde und Gauleiter Greiser Anfang Februar 1941 sogar den Vorschlag unterbreitete, über 70.000 Juden aus dem Warthegau im Reich einzusetzen, was Hitler allerdings untersagte.⁴⁴ Die Zwangsarbeit von Juden blieb innerhalb der unfreiwilligen Arbeitsheere meistens dezentral organisiert und makroökonomisch, insbesondere für die Frage nach dem Verlauf des Zweiten Weltkriegs, irrelevant. Die Ursachen hierfür lagen aber einzig in den weltanschaulichen Prärogativen der Nationalsozialisten – Hitlers Entourage in Berlin ebenso wie der regionalen Satrapen, die lange Zeit glaubten, auf jüdische Arbeitskräfte nicht angewiesen zu sein. Allerdings zeigt die (archivalisch nur sehr lückenhaft überlieferte) ‚Organisation Schmelt‘ in Schlesien, dass die Volumina jüdischer Zwangsarbeit schnell beachtliche Millionenbeträge annehmen konnten. Die Schmelt-Lager zeigen zugleich, dass ein für die Betroffenen zwar katastrophaler, für die Nationalsozialisten jedoch profitabler Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter sogar unter der Ägide von Himmlers Schutzstaffeln möglich war.

Bei der Implementierung antijüdischer Maßnahmen im Bereich der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik spielten deutsche Privatunternehmen eine in der Forschung nach wie vor unterschätzte Rolle, und zwar nicht nur im Rahmen des späteren Verkaufs vordem im Eigentum von Juden befindlicher Gewerbeunternehmen.⁴⁵ Handfesten Profit zogen auch

⁴³ Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PAAA), R 100857, Bl. 166-180, hier Bl. 172 f.

⁴⁴ BAB, NS 18/1134, Bl. 77 f.: Aktennotiz des Reichspropagandaministeriums vom 20.3.1941; abgedruckt in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 3, S. 431 f. (Dokument Nr. 167).

⁴⁵ Vgl. exemplarisch THOMAS PODRANSKI, Der Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung in der Privatwirtschaft des Generalgouvernements. Zwischen Zwang, Gewalt und Restfreiheit, in: Zeitschrift für Genozidforschung 11 (2010) [2011], S. 33-75.

ursprünglich bereits in diesem Raum ansässige bzw. im Laufe der Besatzungszeit angesiedelte deutsche – „reichsdeutsche“ wie „volksdeutsche“ – Firmen, etwa weil sie sich beschlagnahmte Warenlager billig aneigneten oder zugeteilt bekamen, „entjudete“ Branchen besetzten, das heißt Konkurrenten losgeworden oder als Treuhänder in deren Unternehmen eingesetzt worden waren, oder gar jüdische Zwangsarbeiter bzw. Ghettoinsassen für Hungerlöhne beschäftigten. Besonders in Schlesien mit der ‚Organisation Schmelt‘ und im Reichsgau Wartheland durch ein Netz jüdischer Zwangsarbeitslager wurde die wirtschaftliche Ausbeutung der Juden zu einem bedeutenden ökonomischen Faktor für Privatfirmen ausgebaut.⁴⁶

Ausbeutung, Ausraubung und Zwangsarbeit bedeuteten jedoch nicht überall per se gigantische Gewinne. Es gab vielmehr eine Reihe von Bereichen der Wirtschaft, in der zwar die anfängliche Hoffnung auf reiche Beute groß war, die Realitäten der Folgejahre jedoch nicht selten eher dürrig aussahen.⁴⁷ In den meisten Produktionssparten lagen die Erzeugungsziffern nach 1939 deutlich unter denen der Zwischenkriegszeit, so dass es oftmals nur langfristige Gewinnerwartungen waren, die diese Einbußen der Anfangszeit in den Augen reichsdeutscher Firmen und auch staatlicher Unternehmen rechtfertigten.

Für die Privatwirtschaft bedeutete eine solche Lageeinschätzung zudem, dass die Unternehmer sich mit den langfristigen Systemzielen des NS-Regimes in diesem Gebiet einverstanden erklärten. Plakativ ließe sich sagen, dass die Unternehmer ein ‚ethisches Problem‘ in ein betriebswirtschaftliches transformierten. Moral und Ethik sind keine ökonomische Parameter, sondern werden ausgedrückt in Begriffen der Risikokalkulation, d.h. die Politik des Regimes wurde als Frage eines potenziellen finanziellen Risikos aufgefasst: „Sobald die Diskriminierung als eine Umweltbedingung akzeptiert war, wurden die Auswirkungen betriebswirtschaftlich rational behandelt.“⁴⁸

Man mag sich vor diesem Hintergrund abschließend fragen, welche Konsequenzen die in den letzten Jahren unübersehbare Ökonomisierung der Geschichtsdiskurse und Geschichtspolitik noch haben wird oder ob es sich hierbei nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Verstellt eine wachsende Fixierung auf pekuniäre Aspekte nicht möglicherweise den

⁴⁶ Vgl. ALBERTI, Verfolgung und Vernichtung, S. 283–300; ZIÓŁKOWSKA, Obozy pracy przymusowej.

⁴⁷ Für den Kreditsektor vgl. LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen, passim.

⁴⁸ DIETER STIEFEL, The Economics of Discrimination, in: Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“, hg. v. DEMS., Wien / München 2001, S. 9–28, hier S. 19.

Blick auf die Opfer?⁴⁹ Die eingangs genannte, skandalöse Verwaltungspraxis im Umgang mit Holocaust-Überlebenden in vielen Tausend ZRBG-Verfahren deutet leider darauf hin; andererseits zeigen zahlreiche neuere Studien zu „Arisierungen“ gerade einen sehr starken Fokus auf die Opfer und ihre Perspektive. Wegen des unzureichenden Aktenmaterials, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, täten die Historiker gleichwohl gut daran, das Phänomen der jüdischen Zwangsarbeiter in Ghettos, das heißt das „ökonomische Potenzial“ mehrerer Millionen Menschen, nicht allein in Kenngrößen wie Arbeitskraft, Effizienz, Steueraufkommen, Know-how, Konsum, Sparrate und Eigentum aufzulösen.

Mit dem Befund, dass der Umfang von Arbeit in Ghettos zwar groß war, aber wohl kaum eine kriegsentscheidende Bedeutung erlangt haben dürfte, verabschiedet man sich zugleich von der impliziten, aber gängigen These, der Holocaust sei gleichsam ein ‚Gewinngeschäft‘ für die Deutschen gewesen; er war vielmehr ökonomisch ebenso sinnlos wie in jeder anderen denkbaren Hinsicht.

⁴⁹ JOHN AUTHERS / RICHARD WOLFFE, *The Victim's Fortune. Inside the Epic Battle over the Debts of the Holocaust*, New York 2002.